

Auf der Agenda für 2018

Helmut Scholz zu den politischen Schwerpunkten des neuen Jahres, aus europäischer Sicht

Da auch in diesem Jahr der Pressesprecher der Landesregierung Brandenburg wieder zu Beginn des Jahres die Brandenburger Europaabgeordneten zum Gespräch mit der Landespresse in die Staatskanzlei einlud, kann man wohl mittlerweile von einer Tradition sprechen. So folgte Helmut Scholz am 12. Januar der Einladung nach Potsdam und berichtete zusammen mit seinen Parlamentskollegen Susanne Melior (SPD), Ska Keller (Grüne) und Dr. Christian Ehler (CDU) über die Punkte der politischen Agenda in Europa für 2018.

Schwerpunkte in seiner Arbeit für das anstehende Jahr sieht Helmut Scholz, basierend auf seiner Mitgliedschaft in den Ausschüssen für Handel und Verfassungsfragen, in den Themen Brexitverhandlungen und Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019. Bei beiden Punkten sei man bereits unter gehörigem Zeitdruck, sind doch die Verhandlungen innerhalb von zwei Jahren nach dem offiziellen Austrittsgesuch des EU-Mitglieds abzuschließen – und das ist bis zum 29. März 2019 zu leisten. Nicht weniger Zeitdruck macht sich bei der Parlamentswahl auf: Da die Wahlen zum Europäischen Parlament in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU in nationalen Gesetzen geregelt werden müssen, hat Frankreich hierfür mit Blick auf die dortige Verfassungslage nur noch bis Mitte 2018 Zeit. Und dabei seien auf europäischer Ebene Punkte wie zur Neufassung des Wahlrechts, der zukünftigen Sitzverteilung nach Ausscheiden der britischen Parlamentsmitglieder oder auch die Frage nach europaweiten einheitlichen Wahllisten der einzelnen (europäischen) Parteien ungeklärt. Leider gäbe es hier, insbesondere aufgrund nationaler Interessen, seit Jahren kaum Bewegung, so Scholz.

Vor der Brandenburger Landespresse machte Helmut Scholz ferner deutlich, dass der Brexit auch Wirkung auf Brandenburg zeigen wird. Nicht nur, dass britische Unternehmen Standorte in der Region hätten, wie zum Beispiel Rolls Royce in Dahlewitz. Auch würden die wegfallenden Zahlungen der Briten in den EU-Haushalt hier spürbare Mindereinnahmen bringen. Was sich wiederum auf die Ausgaben der EU, beispielsweise in den Fonds zur

Regionalentwicklung (ELER, EFRE, ...), widerspiegeln wird. Helmut Scholz erklärte, dass er klar für die Fortsetzung solcher Förderinstrumente ist, kämen diese doch den Menschen vor Ort zu Gute. Nicht zuletzt sei Förderpolitik auch Aufgabe und demokratische Herausforderung: Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Zukunftsperspektiven sind Punkte gegen Rechtspopulismus.

Auch ließe sich damit der nötige Strukturwandel in der Lausitz, weg von der Kohle, einfacher gestalten. Gerade die Lausitz sei aber neben Brandenburg auch eine Aufgabe für Sachsen und die angrenzenden polnischen Gebietskörperschaften.

An dieser Stelle formulierte Helmut Scholz in Richtung Brandenburgs und der deutschen Bundesländer allgemein die Erwartungshaltung, sich viel stärker über den Bundesrat in die Bundespolitik in Bezug auf den internationalen Handel einzumischen. Denn dieser wird mittlerweile fast ausschließlich auf europäischer Ebene ausgestaltet – und hier spräche die deutsche Bundesregierung ein großes Wort mit. Das Einmischen hier diene Brandenburg auch im eigenen Interesse, da mit immer mehr internationalem Handel auch der Druck auf Brandenburger Betriebe, zum Beispiel in der Landwirtschaft, zunähme, stellte der Europaabgeordnete abschließend fest.

Felix Thier, Lokaler Assistent von Helmut Scholz, MdEP



Helmut Scholz (im Podium 2. v. l.) erläutert seine Positionen.



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

endlich hat der Bundestag die richtige Arbeit aufgenommen: Fachausschüsse eingesetzt, dortige Vorsitze geklärt und die Fraktionen haben ihre Mitglieder in die Gremien entsandt. Drei Ausschussvorsitze stellt nun die AfD – parlamentarische Gleichberechtigung und in meinen Augen richtig. Wie allgemein die Anerkennung ihres Rechtes, Mitglieder in die Bundestagsgremien wählen zu lassen. Doch mit Ausschussvorsitzenden und einem noch zu wählenden Vizepräsidenten wird die »Alternative« im parlamentarischen Alltag ankommen – und hier große Probleme bekommen. Denn entweder, die Gewählten agieren diesen Ämtern entsprechend verantwortungsbewusst und überparteilich – dann sind sie für viele AfD-Anhänger nicht viel besser als die von ihnen so titulierte System- oder Altparteien. Bleibt die AfD aber bei Krawall, werden sie all jene enttäuschen, die sich von der AfD tatsächlich eine alternative, jedoch seriöse, Politik wünschen. So oder so: die AfD wird verlieren.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Digitalisierung ist kein Schlagwort, sondern Notwendigkeit

Eine Regierung ist immer noch nicht in Sicht, aber dennoch gibt es im Bundestag viel zu tun. Die Linksfraktion war fleißig, stellte viele Anfragen (z. B. zu Rüstungsexporten) und Anträge (z. B. für ein Sofortprogramm gegen den Pflegenotstand in der Altenpflege). Ich bin aktiv im Arbeitskreis IV der Fraktion, der von Petra Sitte geleitet wird und sich um eine Vielzahl von Themen kümmert: Frauen, Senioren, Kinder, Bildung, Queer und Digitalisierung. Eine bunte Mischung, mit einem großartigen Team und durchaus thematischer Überschneidung. Zu meinem Schwerpunkt Digitalisierung werde ich z. B. mit unseren Abgeordneten aus dem Bildungsbereich zu digitaler Bildung zusammenarbeiten und mit den Frauenpolitikerinnen zum Thema digitale Gewalt gegen Frauen. Im Dezember hielt ich meine erste



BUNDESTAG UND KOMMUNE

Rede im Bundestag, zum Thema »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« – ein komplizierter Name für ein Gesetz, das große soziale Netze wie Facebook und Twitter für Hassrede stärker in die Pflicht nehmen will. Handlungsbedarf gibt es da seit langem, denn die Unternehmen kommen ihrer Verantwortung leider nicht nach, ihre Nutzerinnen und Nutzer vor strafbewehrten Beleidigungen, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen besser zu schützen

und keine Plattform für Volksverhetzung zu bieten. Der bisherige Ansatz der Regierung ist dennoch falsch, denn er beinhaltet eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung und delegiert faktisch an amerikanische Unternehmen die hoheitliche Aufgabe, darüber zu entscheiden, wann eine Aussage noch von der Meinungsfreiheit geschützt ist und wann nicht – und damit Polizei und Justiz zu ersetzen. Die hohen Bußgeldandrohungen von vielen Millionen

Euro führen bereits dazu, dass viele Inhalte in sozialen Netzen gelöscht werden, die legitim sind, z. B. Satire. Deshalb hatte ich einen alternativen Gesetzentwurf vorgestellt, der die sinnvollen Aspekte des Gesetzes beibehält, aber die übrigen wieder aufhebt. Sinnvoll sind die Verpflichtungen, einen zustellfähigen Ansprechpartner in Deutschland zu haben, effektive und transparente Beschwerdeprozesse einzuführen, sowie alle sechs Monate über die

Anwendung dieser Beschwerdeprozesse zu berichten, denn das hilft Justiz und Polizei betroffenen Nutzern zu ihrem Recht zu verhelfen und Straftaten effektiver zu verfolgen. Anfang des Jahres hatte ich dazu sehr viele Interviews in verschiedensten Medien, das Thema bewegte ganz Deutschland. Inzwischen haben sich auch die Fachausschüsse konstituiert. Als netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion bin ich Obfrau im Ausschuss Digitale Agenda und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen Verkehr und Digitale Infrastruktur sowie Bildung, Forschung und Technikfolgen.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030/227 731 06
Telefax: 030/227 761 07
E-Mail: anke.domscheit-
berg@bundestag.de

VON NORBERT MÜLLER

Familiennachzug – Menschenrechte, keine Castingshow Koalitionseinigung ist weiterer Schlag gegen humanitäre Flüchtlingspolitik

Der Familiennachzug für subsidiär schutzbedürftige Flüchtlinge bleibt bis 31. Juli 2018 ausgesetzt. Anschließend soll der Zuzug auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt werden. Darauf verständigten sich die Unterhändler von Union und SPD während der Verhandlungen über eine Neuauflage der Großen Koalition. Die Sozialdemokraten verabschieden sich damit endgültig von einer humanitären Flüchtlingspolitik. Damit gibt es weiter keine Lösung für die rund 60.000 Menschen, meist Frauen und Kinder, die bereits seit zwei Jahren oder noch länger sehnsüchtig auf die Zusammenführung mit ihren in Deutschland lebenden Angehörigen warten. Sie müssen weiter ausharren und hoffen irgendwann einer der

wenigen Kontingentplätze zu bekommen. Allein die Fragestellung, nach welchen Kriterien die 1.000 Menschen pro Monat ausgesucht werden, offenbart die Absurdität, die Brutalität des Vorhabens. Anstatt das Menschenrecht, mit der eigenen Familie zusammenzuleben, zu ermöglichen, bereitet die Große Koalition hier eine Castingshow riesigen Ausmaßes vor – als ob es ein Mensch mehr verdient mit seiner Familie zusammenzuleben als ein anderer.

Die sogenannten subsidiär schutzbedürftigen Flüchtlinge werden somit weiterhin ihres Rechts beraubt. Das betrifft zurzeit vor allem jene, die vor dem Krieg in Syrien geflohen sind. Einem Krieg der bereits Hunderttausenden das Leben gekostet hat und dessen Ende nicht absehbar ist.

Die jetzige Einigung entspricht weitgehend dem, was bereits Verhandlungsstand der Sondierungsgespräche war. Und das obwohl der SPD-Parteitag nach den Sondierungen hier deutliche Nachbesserung gefordert hatte. Am Ende konnte sich damit vor allem die bayerische CSU mit ihren Forderungen durchsetzen, den Familiennachzug strikt zu begrenzen.



BUNDESTAG UND KOMMUNE

Während gerade durch den Einmarsch der Türkei im nordsyrischen Afrin auch mit deutschen Waffen der Krieg weiter angeheizt wird und der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) schweigt, feiern die Sozialdemokraten den »Kompromiss« als Erfolg. Schließlich sei es ihnen zu verdanken, dass die Härtefallregelung weiterbestehe. Ein Tropfen auf den heißen Stein – bei weniger als hundert Menschen,

die von dieser Klausel im gesamten Jahr 2017 profitierten.

Der übergroßen Mehrheit der Menschen, die seit Jahren ihre Familie nicht sehen können, hilft das allerdings nicht. Sie sind weiter dazu gezwungen, sich auf die lebensgefährlichen Fluchtrouten zu begeben. Die Bundesregierung macht sich damit der unzähligen Toten mitschuldig.

DIE LINKE fordert die uneingeschränkte Gewährleistung des Familiennachzugs. Es ist nicht nur menschenrechtskonform, es ist schlicht und ergreifend ein Gebot der Humanität, Kindern und Eltern zu ermöglichen, nach oft gewaltsamen Trennungen wieder zusammenzufinden.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@
bundestag.de



LANDTAG UND KOMMUNE

VON ANITA TACK

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche uns allen ein gesundes, erfolgreiches und friedliches Jahr 2018.

DIE LINKE und der Klimaschutz, das ist oftmals immer noch ein kontrovers diskutiertes Thema. Ende November 2017 hatte ich mich bemüht, dass wir uns in der Landtagsfraktion mit den aktuellen Fragen zum Klimaschutz nach der Weltklimakonferenz in Bonn befassen. Prof. Dr. Edenhofer, stellv. Chef des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Teilnehmer der Konferenz hat dazu Ausführungen gemacht und wir hatten eine gute Diskussion dazu. DIE LINKE hat sich programmatisch darauf verständigt, den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu einem zentralen Anliegen ihres politischen Ringens zu machen. Das meint: Es muss Schluss sein mit der Verschleuderung der Rohstoffressourcen, mit dem exorbitanten Energieverbrauch, mit dem zunehmenden CO₂-Ausstoß, der das Klima auf gefährliche Weise verändert, mit dem Artensterben und mit der weltweit extrem zunehmenden sozialen Ungleichheit. Aber es muss bei allen dazu notwendigen Maßnahmen

dafür gesorgt werden, dass sie den Menschen zu Gute kommen und von ihnen auch getragen werden können. »Die bedeutenden Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, können nicht auf der Ebene des Denkens gelöst werden, die sie hervorgerufen haben.« Dieser Satz von Albert Einstein charakterisiert trefflich die globalen Herausforderungen durch den Klimawandel.

Von Prof. Dr. Ottmar Edenhofer wollten wir in der Landtagsfraktion Lösungen, Vorschläge und Maßnahmen erfahren und diskutieren, mit denen wir, abgeleitet von der globalen Sicht, als LINKE und als Partnerin in der Landesregierung wirkungsvoller Klimaschutzpolitik betreiben können. Prof. Edenhofer wählte das Bild einer Badewanne, die ungebrochen Zufluss (CO₂) erhält, aber keinen Abfluss hat, um anschaulich zu zeigen, was passiert, wenn der CO₂-Ausstoß nicht drastisch reduziert wird, die Badewanne läuft über, soll heißen, die Lebensbedingungen für Mensch und Natur werden durch die Erderwärmung über +2 °C weltweit gefährdet und vernichtet.

Hier folgen jetzt einige Fakten aus Edenhofers Beitrag »Klima, Kohle, Kapital – Herausforderungen der gegenwärtigen Klimapolitik«, die ich für wichtig halte:

Die Emissionen steigen immer noch weltweit.

- Wir sind nicht auf dem richtigen Weg
- Die Risiken des Klimawandels hängen von den kumulativen CO₂-Emissionen ab ...
- Knapper Deponieraum der Atmosphäre steht dem Überangebot an fossilen Energieträgern gegenüber
- Die beabsichtigten national festgelegten Beiträge (»INDCs«) wider-

sprechen dem angestrebten globalen Temperaturziel von max. +2 °C Erderwärmung

- Günstige, ausgiebige Kohlevorkommen fördern eine »Rekarbonisierung« des Energiesystems in einigen Teilen der Welt
- Globaler Mindestpreis für CO₂-Preis und Transferzahlungen müssen erreicht werden
- Koordinierte CO₂-Preise und strategische Klimafinanzierung werden gebraucht
- CO₂-Bepreisung – ist durch Steuererhebung oder ein Emissionshandelssystem – aufgrund des Überangebots fossiler Energieträger unbedingt notwendig.

Ergebnis der Stiglitz-Stern-Kommission

- Basierend auf der Analyse von drei Ansätzen: technische Fahrplan, nationale Fahrpläne, globale Modelle
- Benötigter CO₂-Preis zur Einhaltung des Paris-Abkommens: 40-80 \$/t CO₂ bis 2020 und 50-100 \$/t CO₂ bis 2030
- Dabei wird angenommen, dass die Bepreisung begleitet wird durch Aktivitäten, Maßnahmen und Politiken wie z. B. Effizienzstandards, Stadtentwicklung, gutes Investitionsklima, etc.
- Betonung der Wichtigkeit der Einnahmen: Verwendung z. B. zur Reduktion von anderen Steuern, Investitionen in saubere Infrastruktur, etc.

Ein Preis für CO₂ ist europa- und weltweit dringend notwendig!

- Als Zusammenfassung ergibt sich:**
- Ein ungebremster Klimawandel verursacht höhere ökonomische Kosten als die Kosten der Maßnahmen zur Vermeidung;
 - Ein ambitionierter Klimaschutz

ist nur mit einer effektiven CO₂-Bepreisung möglich (notwendige Bedingung). Damit auch Entwicklungs- und Schwellenländer sich am Klimaschutz beteiligen können sind Transferzahlungen unbedingt nötig.

- Der Europäische Emissionshandel braucht einen Mindestpreis: a) um die Erwartungen der Investoren zu stabilisieren, b) um den EU-Mitgliedsstaaten Spielraum für ihre eigene Klimapolitik zu geben.
- In Deutschland kann die Energiewende nur dann zu einem Erfolg geführt werden, wenn der Klimaschutzplan mit Hilfe einer die Sektoren übergreifenden CO₂-Bepreisung umgesetzt wird.

Ich wünsche mir, dass ich die Debatte zum Klimaschutz anregen konnte. Mehr dazu unter:

www.mcc-berlin.net/klimabuch

Ich verbleibe mit besten Grüßen
Anita Tack, MdL

Kontakt:

Anita Tack, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Tel: 0331/966 15 10
Fax: 0331/966 15 07
E-Mail: anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de



Und hier kann man alles zu den Ideen von Prof. Dr. Ottmar Edenhofer (PIK) viel konkreter nachlesen:

Alt – und doch druckfrisch!

Einst kam sie monatlich, heute gibt es von ihr alle zwei Monate 2.000 Exemplare und gut 200 Leser/innen im E-Mail-Abo. Früher hatte sie zwölf Seiten, nun ist sie zweigeteilt mit je acht und vier Seiten. Damals war sie schwarz-weiß und auf A4, heute ist sie bunt und im links-rheinischen Format gedruckt. Geboren wurde sie auf Initiative unserer damaligen Vorsitzenden unseres Kreisverbandes, Maritta Böttcher.

Jede Ausgabe ist neu entstanden an den Computern von Manfred Gustke, Petra Haase, Tina Senst und aktuell der Agentur MediaSer-

vice in Berlin. Die Artikel schreiben nach wie vor die Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten unseres Kreisverbandes – aus der Region, für die Region. In der Redaktionskommission wirkten und wirken bisher Jürgen Akuloff, Maritta Böttcher, Axel Claus, Sabine Gumpel, Manfred Gustke, Petra Haase, Ingrid Köbke, Angelika Linke, Michael Maurer, Gabi Pluciniczak, Marianne Richter, Tina Senst, Felix Thier, Reiner Weigt und Christa Zernick – sollte ich jemanden vergessen haben, entschuldige ich mich aufrichtig dafür. Ihnen allen

gebührt größter Dank! Verteilt wird sie ehrenamtlich durch viele fleißige Hände im gesamten Landkreis – auch den Zeitungsverteiler/innen gilt meine Anerkennung. Namen hatte sie viele: PDS Aktuell, Linkspartei.PDS Aktuell, DIE LINKE. Aktuell und heute Linksblick. Mit der heutigen Zeitung haben Sie bzw. du die 250. Ausgabe vor Augen. Im 23. Jahrgang und somit bald ein Vierteljahrhundert begleitet uns Leserinnen und Leser, Genossinnen und Genossen also »unsere« Zeitung schon als linkes Medium in und für Teltow-Fläming, im steten optischen Wandel und doch immer irgendwie vertraut. Auf das es so bleibt!

Hut ab und alles Gute zum Geburtstag, lieber Linksblick!

Felix Thier, Kreisvorsitzender



1. Ausgabe der PDS Aktuell, Jüterbog, 1990

27. Mitgliederversammlung des Paritätischen Landesverbandes Brandenburg e.V.: **Flammendes Signal gegen Rechtsextremismus**

Zu seiner 27. Mitgliederversammlung lud der Paritätische Landesverband Brandenburg e.V. am 16. November 2017 ins Kreishaus nach Luckenwalde ein. Im Land Brandenburg gehören dem Verband über 340 rechtlich selbstständige gemeinnützige Organisationen als Mitglieder an. Hier engagieren sich Menschen ehrenamtlich oder hauptberuflich. Dabei setzen sie sich für verschiedene Projekte und sozialen Ideen ein und wirken so in Selbsthilfegruppen, Kindertagesstätten, Werkstätten für Behinderte, Frauenprojekten, Arbeitslosenzentren, Pflegeheimen, Erziehungshilfen oder in der Suchtberatung. Die Satzung des Paritätischen verankert die Bündelung von Interessen, die Politikberatung auf örtlicher und auf Landesebene, den fachlichen Austausch, die Förderung von Innovationen, die Unterstützung bei der Beschaffung von Fördermitteln und die Beratung bei Einzelproblemen. Dabei steht der Paritätische für Vielfalt, Offenheit, Toleranz sowie konfessionelle, weltanschauliche und parteipolitische Unabhängigkeit. Jede Mitgliedsorganisation hat unabhängig von ihrer Größe die gleichen Rechte. Die örtliche Kommunikationsebene bilden die einzelnen Kreisgruppen, von denen viele Spitzenfunktionäre und Mitglieder an der Versammlung teilnahmen. Den Schwerpunkt der Zusammenkunft bildete das Thema »Demokratie und Populismus«.

Nachdem Moderatorin Annett Bauer die sehr gut besuchte Veranstaltung eröffnete, überbrachte Martin Gorholt, als Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund und Beauftragter für Internationale Beziehungen, die Grüße von Ministerpräsident Dietmar Woidke. Er würdigte den Paritätischen als zuverlässigen Sozialpartner, der die »Ängste und Sorgen der Bevölkerung kennt und zentrale Herausforderungen über die Landesgrenze hinaus in Angriff nimmt. Interessenlagen verschiedenster Gruppen dürfen nicht ausgespielt werden«, so der Redner, »das solidarische Miteinander ist die wichtigste Antwort auf Rechtspopulismus [...]«.

Auch Landrätin Kornelia Wehlan griff zum Mikrofon und verlieh ihrer Freude darüber Ausdruck, die Anwesenden in ihrem Hause begrüßen zu dürfen. »Die Welt ist aus



den Fugen geraten, Deutschland ist aus den Fugen geraten [...]« so die Kommunalpolitikerin, »[...] gerade deshalb geht es um Respekt und Chancengleichheit.«, was sie mit Schillers Worten »Des Volkes Wohlfahrt ist die größte Pflicht« versinnbildlichte. Dessen könne man nur zustimmen. »Es geht darum, dass es den Menschen gut geht im Großen wie im Kleinen und dabei leisten die 14 dazugehörenden Organisationen im Landkreis Teltow-Fläming eine gute Arbeit«. Das einmal gefasste Leitbild sieht die Landrätin dabei für ihre Arbeit und die ihrer Behörde als gute Grundlage.

Barbara John sprach als Vorsitzende des Paritätischen LV Berlin e. V. in ihrem Grußwort von der eigenen Meinungsbildung als »stachelige Frucht«. Es müsse möglich sein, zu widersprechen und mitzudenken. Sich auf die AfD beziehend sagte sie: »Was mich am meisten bei dieser Partei stört, ist, dass Menschen, die zu uns kommen, als Feinde erklärt werden. Menschen, die mit uns leben wollen, verdienen unseren Schutz und unsere Solidargemeinschaft. Sie müssen schnell in Arbeit kommen und Deutsch als Grundlage für die gelungene Integration lernen [...]«. Es müsse alles getan werden, dass die Menschen, die hier sind, eine Chance auf Bildung und Arbeit haben, »das gelingt nicht durch Jammern, Abqualifizierung und neue Feindbilder [...]«.

Im Fachteil zum Thema sprach Dr. Ulrich Schneider, seit 2016 Mitglied bei der LINKEN, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V. zu »Demokratie und Populismus«, »Wahrnehmen und Deuten«. Dabei setzte er sich mit der Frage auseinander, was das Thema mit dem Paritätischen zu tun hat. »Eigentlich ist Populismus ein Kampfbegriff. Man ist gegen etwas

und punktet bei der Bevölkerung, ein ›seltsames Phänomen‹. Worum geht es eigentlich dabei? Wenn etwas mit der Bevölkerung in Stellung gebracht wird, gegen das Establishment, dann wird der Populismus zitiert. Wenn gegen Sachzwänge Behauptungen aufgestellt werden, dann redet man dem Volke unlauter nach dem Maul, dann ist man ein Populist. Das trifft nicht den Kern [...]«, deshalb wandte sich Dr. Schneider treffender dem Begriff »Rechtsextremismus« zu. Was ist Rechtsextremismus? Was hat er mit dem Paritätischen zu tun? Was meint Rechtsextremismus im Unterschied zu anderen: »Immer eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Im Kern hieße das, es sind nicht alle gleich wert. Das bezieht sich nicht nur auf Ethnien, sondern auf alle, die anders leben wollen und die man bekämpfen muss«, so der Politiker. Betroffen davon sind zwei Bereiche, das Menschenbild und das Gesellschaftsbild. Aber der Paritätische tritt für die Gleichwertigkeit ein. Jeder hat den gleichen Respekt vor der Andersartigkeit verdient. Dabei sei Toleranz keine Phrase, sondern eine Aufgabe, aufeinander zuzugehen. Toleranz ist mit Solidarität verknüpft.

In Deutschland werden Minderheiten bedroht, dazu gibt es vom Paritätischen ein klares »Nein« zum Rechtsextremismus.

»Wo muss die Arbeit anfangen, um Ausgrenzung zu vermeiden, das beginnt mit einer völlig klaren und zweifelsfreien Haltung der Verbandsspitzen«, so Dr. Schneider. »Propagierte Ungleichheit machen wir nicht mit. Wir sind ganz klar gegen Rechts. Toleranz hört da auf, wo andere keine Toleranz mehr zeigen [...] Der Normalisierung des Rechtsextremismus leisten wir keinen Vorschub [...] Die Paritätäre können was bewegen, sie haben die Möglichkeit, Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln

und als Botschaft nach draußen zu tragen. Es muss die Diskussion organisiert und die Teilhabe ermöglicht werden [...]«.

Mit dem Hinweis zur Diskussion um die Menschenrechtsfragen und die Inklusion, dabei geht es u. a. um die Pflege, Obdachlose und Kinder, gab Dr. Schneider einen Hinweis auf das nächste Jahr. Es könnten schon jetzt Ideen entwickelt werden, wo der Verband dann aktiv werden kann.

In einem weiteren Punkt der Tagesordnung zeigte Prof. Dr. Elmar Brähler von der Universität Leipzig seine Studie »Die enthemmte Mitte«. Hierbei handelt es sich um eine Langzeitstudie mit repräsentativer Befragung »face to face«, nicht per Telefon, sondern per Fragebogen, zu verschiedensten Fragen, die sich mit rechtsextremen Inhalten auseinandersetzen. Das Ausmaß rechtsextremere Einstellungen habe nicht zugenommen, so Dr. Brähler, es habe aber eine neue Heimat in der AfD gefunden. Die Studie ist im Netz nachlesbar unter: www.Uni-leipzig.de/presseinfomittestudie

Eine Podiumsdiskussion zu Entwicklungsfragen der demokratischen Inklusion, des Rechtspopulismus sowie Rechtsextremismus, des Umgangs mit der Diskriminierung geistig Behinderter, Erfahrungen damit am Arbeitsplatz, Arbeit an der Basis in Flüchtlingsunterkünften sowie eine interaktive Diskussion belebten die Veranstaltung.

Beim Podiumsgespräch wurden Empfehlungen an die Führungskräfte ausgesprochen, wie Haltung gezeigt werden kann. Trainings zur Argumentation gegen Rechts wurden empfohlen, denn es sollten unermüdlich Gespräche mit den Mitarbeitern zum Thema geführt werden, damit auch sie weiter für die »Wohlfahrt des Volkes« sensibilisiert werden können.

Die Veranstaltung wurde von einer Gebärdensprachdolmetscherin begleitet und besondere visuelle Akzente setzte eine Live-Visualisierung, ein Bildprotokoll, fast schon zum kleinen Kunstwerk geworden, was ganz sicher in den Räumen des Paritätischen einen würdigen Aufbewahrungsort bekommt. So geht der Wohlfahrtsgedanke niemals verloren.

Sabine Gumpel, Trebbin

VORGESTELLT:

privat

Einer von uns TOBIAS LÜBBERT

ist 23 Jahre alt und wohnt in Ludwigsfelde. Er arbeitet bei der Bundesagentur für Arbeit als Arbeitgeberberater in der Arbeitnehmervermittlung und ist seit Oktober 2017 Mitglied der LINKEN.

Was ist für dich links?

Links ist für mich eine Art der Lebenseinstellung. Zu ihr gehören Toleranz, Hilfsbereitschaft, Gewaltfreiheit, Empathie, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Dazu gehört auch, dass gesellschaftliche Missstände angesprochen und soziale, meist komplexe, Lösungsansätze präsentiert oder erarbeitet werden.

Was regt dich auf?

Populismus, Gewalt (egal von welcher Seite), Rassismus und Ignoranz.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Dass die AfD nun tatsächlich den Vorsitz im Haushaltsausschuss des Bundestags erhält. Aber so kann sie sich wenigstens nicht wieder in die Opferrolle begeben.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Sehr gern. Ich bin froh in einem sehr lebenswerten Land der Welt geboren zu sein und möchte nun mit dazu beitragen, diese Welt weiter zu verbessern. Auch oder gerade weil es durch die aktuellen Strömungen der westlichen Welt immer schwieriger wird.

Wie sollte Ludwigsfelde in zehn Jahren aussehen oder was wünschst du dir für Ludwigsfelde? Wovon träumst du?

Ideal wäre ein Ludwigsfelde mit ausreichend sozialem Wohnungsbau, moderner und umfangreicher medizinischer Versorgung, gebührenfreien Kitas und Horten sowie modernen Schulen, Jugend-, Senioren- und Freizeitangeboten und einer S-Bahn-Anbindung an Berlin.

Was bedeuten für dich Kunst und Kultur?

Kunst und Kultur, und auch Sport, haben die Möglichkeit Menschen zusammen zu bringen. Die Liebe zur Musik, zum Theater, zu der Kunst an sich vereint Menschen unterschiedlichster Hautfarbe, Religion und Herkunft. Von dem Effekt, den Kunst und Kultur bewirken, können wir als Gesellschaft noch viel lernen. Vor allem aber, dass uns aufgezeigt wird, wie viel wir gemeinsam haben und wie wenige, oberflächliche Dinge uns oft trennen.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen?

Empathie, Intelligenz und ein ganzheitliches, visionäres, Denken.

Die Fragen stellte

Angelika Linke, Ludwigsfelde.

**DABEI SEIN:****TERMINE UND AKTIONEN****Gemeinsame Beratung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion im Regionalverband TF Süd**

17. Februar 2018, 9.30–14 Uhr
14913 Altes Lager, Kastanienallee 21,
Kulturzentrum DAS HAUS

Beratung Vorstand RV TGL

22. Februar 2018, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Sitzung des Kreistages

26. Februar 2018, 17 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

Mitgliederversammlung OV Rangsdorf

26. Februar 2018, 18 Uhr
Rangsdorf, Friedensallee 21

FrühLINKSempfang und Neumitgliedertreffen

2. März 2018, 17 Uhr
Parkcafé Luckenwalde, Meisterweg 40

Frauentagsfeier

8. März 2018, 15 Uhr
LinksTreff, Bürgerbüro Ludwigsfelde

Frauentagsfeier LUK und Nuthe-Urstromtal

8. März 2018, 15 Uhr
Luckenwalde, WÜST, Arndtstraße

Roter Treff zum Frauentag

9. März 2018, 15 Uhr
Bürgerbüro Jüterbog

Beratung Redaktion Linksblick

14. März 2018, 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung des Kreisvorstandes

14. März 2018, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Frauentagsfeier

DIE LINKE. OV Blankenfelde-Mahlow
16. März 2018, 14 Uhr
Vereinshaus in Mahlow

Treffen mit Berliner Genossen

23. März 2018, 17 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Beratung der BO-Vorsitzenden Altkreis Zossen und Trebbin

26. März 2018, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

LinksTreff mit Frau Stöber, Kommunalservice Stadt Ludwigsfelde

5. April 2018, 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Beratung des Kreisvorstandes

11. April 2018, 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung der Kreistagsfraktion

16. April 2018, 18 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

Sitzung des Kreistages

23. April 2018, 17 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

**28. Familienfest**

14 bis 18 Uhr, Boulevard Luckenwalde

14 Uhr Eröffnung durch Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes

Zwischen 14 und 18 Uhr bei Live-Musik von »Phönix«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr sowie

- der beliebten Tombola ■ Kaffee und Kuchen ■ Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD's
- Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Minibücher ■ Quiz mit Sachpreisen ■ Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften ■ **Um unsere kleinen Gäste** kümmern sich OTTevent mit Hüpfburgen und Bastelständen
- Für das leibliche Wohl ist wie immer gesorgt.

SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.

Geldspenden können auf unser Konto überwiesen werden, Sachspenden für die Tombola bitte an unsere Geschäftsstelle in Luckenwalde.

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming



Luxemburg-Liebknecht-Ehrung am 14. Januar in Berlin Friedrichsfelde

»Die Missachtung des Lebens und die Brutalität gegen die Menschen lassen die Fähigkeit des Menschen zur Unmenschlichkeit erkennen. Sie kann und darf kein Mittel irgendeiner Konfliktlösung bleiben«. (Worte Rosa Luxemburgs, 1870–1919, Gedenktafel im Tiergarten am Landwehrkanal). »Kapitalismus ist Krieg, Sozialismus ist Frieden« (Worte Karl Liebknachts 1871–1919).

Diese Zitate der beiden Kämpfer für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit haben nach wie vor ihre Gültigkeit nicht verloren. 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknacht heimtückisch von Freikorpsoldaten ermordet, aber ihr revolutionäres Gedankengut ist bis heute lebendig geblieben, deshalb besuchten wir, (Wolfram und Sabine Gumpel), am 14. Januar 2018, 99 Jahre nach der

Ermordung der beiden Mitbegründer der KPD Deutschlands, zusammen mit Tausenden von anderen Menschen die Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde, um dort Blumen am Gedenkstein mit dem Schriftzug »Die Toten mahnen uns« abzulegen. Am 25. Januar 1919 wurde Karl Liebknacht mit 31 anderen ermordeten Genossinnen und Genossen auf dem Friedhof Friedrichsfelde beigesetzt. Am 13. Juni 1919 wurde Rosa Luxemburg neben der Grabstätte von Karl Liebknacht beigesetzt.

Die Einweihung des Revolutionsdenkmals auf dem Friedhof Friedrichsfelde erfolgt am 11. Juli 1926. Dort gedachten bis 1933 unzählige Menschen der beiden und vieler anderer Revolutionäre, die da ihre letzte Ruhestätte fanden. Nach 1933 war das unmöglich geworden. Die Faschisten zerstörten das Denkmal und ebneten die Gräber ein. Von 1946 bis 1989 fanden in der DDR jährlich am zweiten Januarwochenende Demonstrationen zur Gedenkstätte der Sozialisten statt. Danach gab es »nur« ein stilles Gedenken, bis sich 1996 ein ber-

linweites LL-Bündnis konstituierte, welches die jährlichen Demonstrationen zur Rosa Luxemburg und Karl Liebknacht Ehrung organisiert. Auch am Landwehrkanal werden seit dieser Zeit Kränze niedergelegt. Das LL-Bündnis (Liebknacht-Luxemburg-Bündnis) ist ein Zusammenschluss von linken Parteien, Organisationen und autonomen Gruppen, das seit 22 Jahren jährlich die Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebknacht-Ehrung vorbereitet. Die Demonstrierenden verbinden das Gedenken an die beiden Revolutionäre mit den Forderungen und Kämpfen unserer Zeit. Nach wie vor geht es dabei vor allem um die Erhaltung des Friedens und die internationale Solidarität, gegen Ausbeutung und den Abbau demokratischer Rechte und gegen das Anwachsen faschistischer Gefahren. Ganz im Sinne der Worte von Rosa Luxemburg: »Sieh, dass du Mensch bleibst. Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und heißt fest und klar und heiter sein; ja heiter, trotz alledem.«

Sabine Gumpel, Trebbin

27. Januar: Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus



27. Januar 2018 in Ludwigsfelde – auf dem Friedhof am Ehrenhain.

Bürgermeister Andreas Igel sprach die mahnenden Worte. Es waren überwiegend LINKE anwesend, auch der Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE, Silvio Pape und der Vorsitzende Stadtfraktion, Peter Dunkel.



Ehrung zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Auch in diesem Jahr gedachten Mitglieder und SympathisantInnen der LINKEN aus Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus an den Gedenkstätten am Stadtpark und auf dem Stalag-Friedhof in Luckenwalde und legten dort Blumengebilde nieder.



Flüchtlingshelfer in Nöten

Seit 2015 helfen viele Ehrenamtler bei der Betreuung der nach Jüterbog kommenden Flüchtlinge. Sie kommen aus allen sozialen Schichten der Stadt und des Umlandes und sie vereint, unabhängig von politischem Standpunkt und konfessioneller Zugehörigkeit, der Wunsch, den Geflüchteten zu helfen. Mit dieser Einstellung ist es gelungen, die Bewohner der Heime Waldauer Weg und Quellenhof zu betreuen und Erfahrungen im Umgang mit Personen zu erhalten, die durch Krieg, Flucht und Vertreibung ihre Heimat verlassen mussten. Dank der Kirchgemeinde St. Nikolai durften wir als Treffpunkt Räume der Turmstube am Dammtor nutzen. Diese wurden durch einen Anschlag im November 2015 völlig zerstört. Die polizeilichen Ermittlungen sind gerade wieder aufgenommen worden. An diesem Tag sollten die ersten Flüchtlinge im neuen Heim in der Großen Str. eintreffen und parallel fand ein sogenannte Abendspaziergang, angemeldet von einem NPD-Abgeordneten aus Nauen mit ca. 200 Teilnehmern statt. Diesen stellten sich ca. 600 Jüterboger entgegen. In der vorher stattgefundenen Informationsberatung des Kreises im Kulturquartier konnten alle Fragen der anwesenden Bürger beantwortet, Sorgen zerstreut und das Heim noch vor der Belegung besichtigt werden. Alle Flüchtlingshelfer waren in dieser Situation bestürzt und entsetzt, weil sie ihre Hilfebasis verloren hatten. Da stand Herr Felgentreu auf und bot Hilfe an. Als Unternehmer stellte er in der Großen Str. mietfrei Räume erstmal für ein Jahr zur Verfügung. Wir hatten eine Arche. Alle Aktivitäten der Betreuer waren gesichert. In den Räumen finden die wöchentlichen Treffs mit Bürgern der Stadt und den Betreuern statt, werden Fragebögen und Amtspost bearbeitet, denn die ist nicht nur für Geflüchtete manchmal schwer verständlich. Es erfolgt Hilfe beim Spracherwerb für Personen, die noch nicht in das kreisliche Kurssystem eingegliedert sind, es wurde eine Kleiderkammer aufgebaut, die für alle bedürftigen Bürger geöffnet ist und nicht nur für Geflüchtete. Viele weitere Aktivitäten wären noch zu nennen. Dies alles ehrenamtlich, denn seitens der Stadt, deren Bürgermeister ja qua Amt der Flüchtlingsbeauftragte ist, wurde weder materielle noch finanzielle Hilfe organisiert oder die Arbeit

unterstützt. Im Gegenteil, selbst eine Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung für eine ausländerfreundliche Stadt wurde mehrheitlich abgelehnt. Ob das die Straftat, den Brandanschlag auf die unbegleiteten Jugendlichen in der Badergasse befördert hat? Wir wissen es nicht. In den 14-tägigen Beratungen der Helfer erfolgt die Koordinierung der Aufgaben. Die Integration muss gelingen. Die eigene Qualifizierung wurde begonnen und hilft bei der Arbeit. Unterstützung erfolgte auf unseren Antrag durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf Beschluss des Deutschen Bundestages für drei Integrationsprojekte, Kochen mit Freunden, Kennenlernen der neuen Heimat und Stadtbegrüßung in Jüterbog. Nun steht die »Arche unter Druck«. Ja, die Zeit der mietfreien Nutzung ist längst abgelaufen und spätestens ab April wird für die Räume Miete fällig. Das aber überfordert die Kasse der Flüchtlingshilfe, die ja schon die Verbrauchskosten im Objekt trägt. Diese Situation treibt die Flüchtlingshelfer um, denn bisher hat ihre ehrenamtliche Arbeit zu einem friedlichen Zusammenleben in der Stadt beigetragen. Aufgrund der Ereignisse in Cottbus halten wir es aber für besonders dringlich, die finanzielle Situation zu ordnen und den Helfern bei ihrer Arbeit zum Wohle der Stadt die erforderliche Hilfe zu geben.



Peter Hacke, Jüterbog

LESEULE



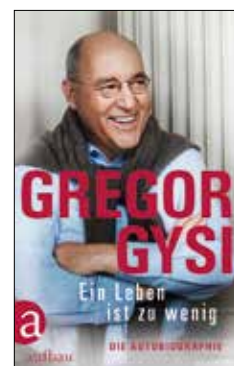
Ein Leben ist zu wenig

Gregor Gysi hat linkes Denken geprägt und wurde zu einem seiner wichtigsten Protagonisten. Er selbst sagt: »Erstaunlich, was sich alles ereignen muss, damit irgendwann das eigene Leben entstehen kann.« Kaum ein deutscher Politiker wurde so geschmäht, kaum einer schlug sich so erfolgreich durchs Gestrüpp der Anfeindungen, hin zu einer anerkannten Prominenz. In seiner Autobiografie erzählt er von seinen zahlreichen Leben: von seiner Kindheit und Jugend, schildert seinen Weg zum Rechtsanwalt, gibt Einblicke in sein Verhältnis zu Dissidenten und in die Spannungsfelder an der Spitze von Partei und Bundestagsfraktion. Vor allem aber berichtet er von der erstaunlichen Wendung, die sein Leben mit dem Herbst 1989 nahm: Der Jurist wird Politiker. »Einfach wegrennen, das wollte ich nie«, sagt er. Damit trifft er den Kern seines Wesens: Widersprüche aushalten. Ich bin sehr froh und auch ein wenig stolz, dass ich mit ihm seit 1989 erst im Parteivorstand und später ab 1994 in der Bundestagsfraktion eng zusammen gearbeitet, viel von ihm gelernt und mit ihm gekämpft habe. Ich habe in meinem Leben nicht viele solcher Menschen kennengelernt. Dieses Buch ist ein Geschichtsbuch, das die Erschütterungen und Extreme, die Entwürfe und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts auf sehr persönliche Weise erlebbar macht. Mehr als lesenswert.

Maritta Böttcher, Jüterbog

Gregor Gysi
Ein Leben ist zu wenig

Geb. mit Schutzumschlag,
583 Seiten mit 45 Abb.
Aufbau Verlag, 24,00 Euro
ISBN 978-3-351-03684-3



Neue Spitze im Regionalverband TF Süd

Der Ende November 2017 gewählte Regionalvorstand Teltow-Fläming Süd der LINKEN hat den Jüterboger Philip Petzhold zum neuen Vorsitzenden und Edeltraut Liese aus Niedergörsdorf zur Stellvertreterin einstimmig gewählt. Wir haben uns mit fünf neuen Mitgliedern neu formiert und viele neue Ideen entwickelt, um für die Kommunalwahlen gut vorbereitet und aufgestellt zu sein. Wir machen weiter Politik für soziale Gerechtigkeit, solidarisches Miteinander aller in der Kommune lebenden Menschen und stehen für Frieden für Alle.

Maritta Böttcher, Jüterbog

**DIE LINKE. Teltow-Fläming
VOR ORT UND
IM NETZ:**

Geschäftsstellen
14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
facebook.com/
DieLinkeRangsdorf-
Ortsverband-1605857652991866

dielinke-zossen.de
facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

dielinke-blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

Nächste Ausgabe:**17. April 2018**

Redaktionsschluss: 29. März 2018

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 29. Januar 2018
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2.000, Februar 2018
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

JAHRESAUFTAKT 2018

Auftaktveranstaltung der Partei der Europäischen Linken 2018

Am 14. Januar lud die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE zur Auftaktveranstaltung der Europäischen Linken unter dem Motto »Links, wo das Herz schlägt« in das Berliner Kino Kosmos ein. Der Einladung folgten sehr viele Politiker, Künstler und Besucher, so dass der Saal aufgrund des großen Interesses an der Veranstaltung restlos überfüllt war und versprochen wurde, sich im nächsten Jahr um eine größere Räumlichkeit zu bemühen. Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch führte durch das Programm und die politischen Diskussionen. Neben Politikern wie Gregor Gysi und Dietmar Bartsch konnte sie auch Künstler wie Dirk Zöllner und Julia Neigel ansagen, die das Publikum mit ihren progressiven Liedern begeisterten. Besonders gespannt waren wir alle auf die Reden von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Beide machten in den letzten Wochen durch die Diskussion um eine linke »Sammelbewegung« Schlagzeilen. Sahra Wagenknecht sagte u. a. dazu: »Wir brauchen keine unrealistischen Konstellationsdebatten, wir brauchen keine Debatten um neue Parteien. Wir brauchen vor allen Dingen eine Stärkung der LINKEN in diesem Jahr 2018«. Demnach war eine Spaltung der LINKEN nie der Plan, »denn nur mit vereinten linken Kräften kann man den Vormarsch rechter Kräfte in Deutschland und Europa stoppen«, so Oskar Lafontaine. Die Partei der Europäischen Linken ist eine europäische politische Partei, die am 8. Mai 2004 in Rom als Zusammenschluss von 15 europäischen Mitgliedsparteien gegründet wurde. 25 Parteien mit insgesamt knapp 500.000 Mitgliedern gehören ihr heute an. Präsident ist seit Dezember 2016 Gregor Gysi. Ziel der Europäischen Linken ist »die Entwicklung eines alternativen sozialen und politischen Modells zum Kapitalismus und Aktivität gegen wachsende Militarisierung und Krieg sowie Einsatz für Umweltschutz und die Achtung der Menschenrechte«.

Sabine Gumpel, Trebbin



Neues Jahr – neue Herausforderungen

Ein aufregendes und anstrengendes Jahr, 2017 – das Jahr einer Bundestagswahl – liegt hinter uns. Mit hohem Engagement und lustigen Situationen haben wir die Herausforderungen gemeinsam gemeistert, wir, die BO am Mellensee. Zuversichtlich auf 2018 blickend fand am 20. Januar 2018 unsere Jahresauftaktveranstaltung in einem noch recht neuen Lokal unserer Gemeinde statt. Sehr freuten wir uns über die Mitglieder der BO Zossen, die unserer Einladung gefolgt waren und somit eine langjährige Tradition nach zwei Jahren wieder mit aufleben ließen. Im vertrauten Kreis konnten wir uns bei selbst gebackenem und mitgebrachtem Kuchen und später ausgewählten griechischen Spezialitäten über Sorgen in den BO's, aktuelle Politik und anstehende Herausforderungen unterhalten. Die Einladung der BO Zossen zum alljährlichen Holocaust-Gedenkspaziergang am 27. Januar, die 2019 anstehenden Kommunalwahlen und die damit verbundene Gewinnung von Kandidaten waren ebenso Thema, wie das im vergangenen Jahr ins Leben gerufene Familien-Friedensfest, welches wir auch in diesem Jahr durchzuführen beabsichtigen. Es war ein gelungenes Fest, viele Aufgaben warten auf uns und WIR stehen jetzt in den Startlöchern.

Judith Kruppa, Am Mellensee



Neujahrsempfang DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg

Auch Mitglieder unseres Kreisverbandes waren der Einladung des Teltow-Fläming Partnerbezirkes ins Rathaus Schöneberg gefolgt. Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden, Alexander King, gab es eine Podiumsdiskussion mit drei Friedens-Aktivistinnen aus drei Generationen zu aktuellen Herausforderungen für die Friedensbewegung. Es folgten Begrüßungsreden von MdB Gesine Lötzsch, der Landesvorsitzenden Katina Schubert, der Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE in der BVV Tempelhof-Schöneberg, Elisabeth Wissel sowie weiteren Mitgliedern der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus. Danach gestaltete das Trio »Scho« mit russischer Kaffeehaus-Musik das Programm.



Jahresauftakt des Kreisverbandes Dahme-Spreewald

Auf Einladung des Vorsitzenden des Kreisverbandes Dahme-Spreewald der Partei DIE LINKE nahm unser Kreiswahlkampfleiter an der Dankeschön-Veranstaltung in Auswertung der Bundestagswahl 2017 in Diepensee teil. Gleichzeitig war dies auch der Jahresauftakt 2018 des Kreisverbandes LDS. Kulturell umrahmt wurde die Veranstaltung mit dem Programm des Kabarets »märKWürdig«.

beide Manfred Thier